

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtbezirk, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgiroklasse Nr. 12 — Öffentliche Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



## Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshof, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: A. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 30 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nacherschneiden einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 294

Bad Schandau, Sonnabend, den 17. Dezember 1927

71. Jahrgang

### Für eilige Leser.

\* Der neue Deutschlandlied bei Königswusterhausen wird am 20. Dezember in Gegenwart des Reichsstaatsministers und einiger geladener Gäste dem Probetrieb übergeben werden.

\* Die spanische Botschaft in London veröffentlicht eine Erklärung, in der die immer wiederkehrenden Gerüchte über eine Aenderung in der spanischen Thronfolge als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet werden. Die Erklärung fügt hinzu, daß keinerlei Grund für einen Wechsel auf dem spanischen Thron bestehe.

\* Nach einer Meldung aus Kairo ist der Bezirkskommissar der Provinz Bar el Ghazal im Sudan, Hauptmann Ferguson, gestern gleichzeitig mit einem griechischen Kaufmann von Eingeborenen ermordet worden, denen er jüngst gestohlenen Vieh weggenommen hatte, um es den Eigentümern zurückzustellen.

\* Nach Meldungen aus Quebec hat sich die Zahl der bei dem Waisenhausesbrand ums Leben gekommenen Kinder und Schwestern auf 54 erhöht. 17 Kinder werden noch immer vermißt.

## Wirtschaftspolitik?

Von Dr. Paul Ludwig Leipzig.

Der günstige Stand der gegenwärtigen Konjunktur täuscht keinen einflussreichen Betrachter darüber hinweg, daß eine wirkliche Befundung der deutschen Wirtschaft noch nicht voll erreicht ist. Erinnert sei nur an die wachsende Last des Dawesplanes, an die nach wie vor bestehende Unmöglichkeit, den Wirtschaftsprozess unabhängig von Auslandsgeldern vorwiegend aus eigenen Mitteln zu bestreiten, an den immer noch wesentlichen Umfang der Arbeitslosigkeit und an das noch völlig ungelöste Problem des Wohnungsmangels. Zudem weiß niemand genau, wie lange die jetzige Konjunkturgestaltung noch andauern wird und welche Entwicklung dann wohl kommen mag. Bezeichnend für das Gefühl der Unsicherheit in weiten Kreisen ist die schon seit Monaten schwache Haltung des Effektenmarktes.

Das deutsche Volk mit seinen mehr als 63 Millionen, das heute mehr denn je auf den reinen Arbeitsertrag angewiesen ist, bedarf zu seiner Lebensgrundlage einer möglichst stabilen, an lohnenden Arbeitsgelegenheiten reichen Wirtschaft. Oberste Aufgabe einer jeden Stelle, welche die Verantwortung für das Wohl der Volksgemeinschaft trägt, ist es daher, unsere Wirtschaft aus dem immer noch herrschenden Zustande der Ungewißheit und der vorläufigen Lösungen auf eine feste Grundlage gesicherter Verhältnisse zu stellen. Wirtschaftspolitik, die ihren Namen voll verdienen soll, muß darin bestehen, daß die Wirtschaft von unproduktiven Lasten befreit, von handelspolitischen Hemmnissen erlöst und mit ausreichendem Kapital für ihre produktiven Zwecke versorgt wird. Demgemäß muß die öffentliche Verwaltung sich so sparsam wie nur irgend möglich gestalten, um das Uebermaß an Steuern und Abgaben zu vermindern. Ferner brauchen wir eine energische Handelspolitik zum Abschluß günstiger Handelsverträge. Schließlich ist unbedingt zu fordern, daß der Auslandskredit, der uns zur Verfügung steht, nicht zum größten Teil zur Finanzierung bürokratischer Maßnahmen verwandt wird, sondern hauptsächlich den produktiven Aufgaben der Wirtschaft vorbehalten bleibt. Die Hauptaufgabe ist es, daß wir möglichst viel Arbeitsgelegenheit in Deutschland schaffen!

Theoretisch gibt es heutzutage kaum jemanden, der den Mut hätte, die Nichtigkeit des hier aufgestellten Programms zu verneinen. Tagtäglich hören wir von Ministern, Parlamentariern, Behördenvertretern die eifrige Versicherung stärksten Wohlwollens für die Wirtschaft. Praktisch aber wird auch heute für eine vernunftgemäße Wirtschaftspolitik leider nur allzu wenig getan. Ein Schulbeispiel dafür, wie man wertvolle Kräfte und Finanzmittel unweidmässig verwendet, wobei andererseits wichtige Wirtschaftsaufgaben zu kurz kommen, bietet in krasser Weise das deutsche Ausstellungswesen. Man hat zwar neuerdings ein Reichskommissariat für das Ausstellungs- und Messewesen geschaffen, das auf diesem Gebiet für eine gewisse Ordnung sorgen und der unnützen Verwendung öffentlicher Gelder vorbeugen soll. Nichtsdestoweniger sind aber schon heute für das neue Jahr 1928 in ganz Deutschland Ausstellungen der verschiedensten Art in der erschreckenden Gesamtzahl von rund vierhundert geplant. Es soll nicht bestritten werden, daß sich darunter verschiedene Projekte befinden, die man mit ruhigem Gewissen als wirtschaftsfördernd bezeichnen kann. Aber ein zumeist nicht geringer Teil jener vierhundert Ausstellungen ist sicherlich Spreu und bedeutet eine Verschwendung von Geldern, die für andere Wirtschaftszwecke weitaus besser zu gebrauchen wären. Ein großer Teil dieser Gelder stammt aus dem Steuer-Ertrag, der doch wirklich nicht — und dazu in unerträglicher Höhe — solcher entbehrlicher Ziele wegen aufgebracht werden darf!

In der Regel sind mit den neuen Ausstellungsplänen umfangreiche, kostspielige Hallenbauten verbunden, deren wirtschaftlicher Ertrag sehr zweifelhaft ist. Dies alles in einer Zeit, da uns die Wohnungsnot mit ihren ungünstigen Folgen für die allgemeine Gesundheit und Sittlichkeit schwere Sorgen bereitet. Es ist kein Wunder, wenn immer weitere Kreise der Bevölkerung gegen solche dilettantische „Wirtschaftspolitik“

## Der Bericht des Reparationsagenten über das 3. Annuitätjahr Barter Gilbert empfiehlt Festsetzung der endgültigen deutschen Schuldsumme

Berlin, 16. Dezember. Der Reparationsagent veröffentlicht heute seinen Bericht über das 3. Annuitätjahr, in dem er eingehend auf die verschiedenen, durch den Reparationsplan aufgeworfenen Fragen eingeht. Sein diesmaliger Bericht ist, im Gegensatz zu seinem Zwischenbericht vom 10. Juni, der sehr kritisch gehalten war, sehr ruhig und entgegenkommend gehalten und anerkennt die Fortschritte und Leistungen Deutschlands in Bezug auf verschiedene von ihm angeführte Fragen, die sich insbesondere auf die Finanzverwaltung und Kreditgeberung des Reiches, der Länder und der Gemeinden bezogen. Er verheißt gleichwohl nicht, daß auf den von der Reichsregierung beschrittenen Wegen fortgefahren werden muß und gibt zum Schluß der Ansicht Ausdruck, daß weder das Reparationsproblem noch die anderen mit diesem Problem verknüpften Fragen endgültig gelöst werden könnten, bevor nicht Deutschland die Aufgabe gestellt werde, auf eigene Verantwortung ohne fremde Ueberwachung und ohne Transfer-Schutz die Reparationsfrage zu lösen.

Der vom 10. Dezember datierte Bericht des Generalagenten besteht aus einem eigentlichen Bericht von 172 Seiten Länge, der in acht Kapiteln und einer Schlußfolgerung alle wesentlichen Fragen des Reparationsplanes behandelt und in einem Anhang, der eine Reihe statistischer Angaben über Einnahmen, Ausgaben und Verteilung der Reparationszahlungen enthält, sowie den Briefwechsel zwischen dem Reparationsagenten und der Reichsregierung vom 20. Oktober, 26. Oktober und 5. November.

In der Einleitung betont der Reparationsagent, daß der Plan im 3. Annuitätjahr normal funktioniert habe, sowohl was die Einnahmen wie auch den Transfer betreffe. Deutschland habe die Annuität in Höhe von 1 500 000 000 Goldmark bezahlt und die Transfers hätten den Bestellskurs nicht gefährdet. Gleichwohl habe er in den letzten Monaten auf einige gefährliche Tendenzen auf dem Gebiete der deutschen Finanz- und Kreditgeberung hinweisen müssen und zu diesem Zwecke den bekannten Schriftwechsel mit der Reichsregierung geführt. Er hebt besonders hervor, daß die deutsche Antwort die Notwendigkeit der Sparmaßnahme in der öffentlichen Finanzgebung anerkennt und die Beendigung der Einstellung außerordentlicher Ausgaben in den Haushalt des Reiches angeht. Es sei daher überflüssig, zu betonen, daß zwischen ihm und der Reichsregierung nur sachliche, nicht aber persönliche Differenzen bestanden hätten. Die Beziehungen zwischen ihm und der deutschen Regierung würden weiter maßgeblich bestimmt durch den Geist freundschaftlicher Verständigung.

In seinem Schlußwort hebt der Reparationsagent hervor, daß der Dawesplan ein Schutzsystem geschaffen habe, das in der Hauptsache dazu bestimmt gewesen sei, die deutsche Währung zu schützen, und zwar vor übertrieben großen Reparationszahlungen, ohne aber Deutschland einer Generalkontrolle zu unterwerfen. Dies Letztere habe aber zur Voraussetzung, daß Deutschland Klugheit in der Handhabung seiner geschäftlichen Angelegenheiten beweise und nicht seinen Kredit durch übermäßige Ausgaben gefährde. Dies sei der eigentliche Inhalt seines letzten Schriftwechsels mit der Reichsregierung. Die deutsche Regierung habe

sich hierzu feierlich verpflichtet, so daß die Basis für die weitere Erprobung des Dawesplanes gegeben sei. Trotzdem die deutsche Regierung bereits einige Maßnahmen für die Durchführung der finanziellen Reform ergriffen habe, hänge jedoch alles von den praktischen Ergebnissen dieser Maßnahmen ab und es werde sich in Kürze zeigen, ob wirkliche Reformen zustande gebracht würden. Gleichwohl sei es notwendig, auf die Schwäche einer Wirtschaft hinzuweisen, die künstlich geschützt werde. Die Existenz des Transfer-Schutzes z. B. habe die Tendenz, die deutschen öffentlichen Körperschaften vor den Folgen ihrer eigenen Handlungen zu bewahren.

Wenn die Sachverständigen seinerzeit Deutschlands Verpflichtungen nicht endgültig festgesetzt hätten, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß, je mehr die Zeit fortschreite, es immer klarer würde, daß das Reparationsproblem nicht endgültig gelöst werde, bevor man nicht Deutschland der Schutzbestimmungen entbinde und Deutschland eine endgültige Ausgabe stelle.

## Die Berliner Presse zum Bericht des Reparationsagenten.

Berlin, 17. Dezember. Da der Bericht Barter Gilberts erst in den späten Abendstunden veröffentlicht wurde, konnte nur ein Teil der Berliner Morgenblätter zu ihm Stellung nehmen. Allgemein sieht man in den Ausführungen Gilberts über die Festsetzung einer Endsumme den Kern des Berichtes. Die Deutsche Allgemeine Zeitung stellt fest, die Darlegungen Gilberts ließen erkennen, daß er volles Verständnis für den schwerwiegenden Mangel habe, der darin liege, daß wir immer noch nicht die Größe unserer Gesamtverbindlichkeiten kennen. Die Deutsche Tageszeitung wirft die Frage auf, warum man auf einmal so geneigt sei, den Wert einer Endsumme anzuerkennen. Es bedeute nicht mehr und nicht weniger, als daß im Falle eines Nichtgelingens des Transfer-Systems der Zusammenbruch des Dawesplanes an seiner eigenen inneren Unmöglichkeit unter der Verantwortlichkeit unserer Gläubiger offenbar würde. Um das zu vermeiden, werde mit einem Male die Uebertragung der Verantwortlichkeit auf uns propagiert. Der Votale-Anzeiger meint, wer aus diesem Reparationsbericht große Offenbarungen erwartet habe, sehe sich enttäuscht. Neu sei nur das Eingeständnis des Generalagenten, daß der Dawesplan in seiner heutigen Form auf die Dauer nicht haltbar sei und daß die nahezu unbegrenzte Schuldverpflichtung Deutschlands in eine feste Schuldsumme umgewandelt werden müsse. Es sei wohl kein Zufall, daß die Veröffentlichung des Berichtes zeitlich mit dem Besuch Gilberts bei Poincaré zusammenfalle. Die Berliner Borsezeitung erwartet eine sensationelle Wirkung des Berichtes, weil der Schlusssatz einen Hinweis auf grundlegende Fehler des Dawesplans enthalte, der nichts anderes bedeuten könne, als daß der Reparationsagent eine Aenderung des Dawesplans den deutschen Reparationsgläubigern zur Erwägung anheim gebe.

front machen und die Anwendung scharfer Kontrollmethoden durch die verantwortlichen Leiter der Reichspolitik fordern. Der jüngst erfolgte Meinungsaustausch zwischen der Reichsregierung und dem Reparationsagenten hat die Lage grell beleuchtet. Viele Beurteiler im Ausland, auch solche, die uns an sich wohlgesinnt sind, halten sich über die Verschwendung, die heute in Deutschland in mancher Beziehung getrieben wird und die sich grotesk darin bekundet, daß man unter allen Umständen das größte Stadion der Welt, das größte Theater der Welt usw. haben will. Man sieht, wie da — mit Hilfe von Auslandskrediten — aus dem Volken geschöpft wird, und man überfieht leider dabei das Gegenstück dazu, die gedrückte Lebenshaltung weitester Kreise, die Unsicherheit des Erwerbs von Millionen Menschen, die Enge und Verzweiflung unserer Wohnungsverhältnisse. Die unsachliche Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Steuerlasten das Betriebskapital der Wirtschaft erzichtet und auf der anderen Seite die Gelder zur Befriedigung eines ganz unangebrachten Renommierbedürfnisses verwendet, schafft ein Zerbild unserer wirtlichen Wirtschaftslage. Nebenbei bemerkt: Ganz Deutschland erstrebt heute die Revision der für undurchführbar erkannten Geldforderungen des Dawesplanes, und viele einsichtsvolle Persönlichkeiten des Auslandes unterstützen uns darin. Gerade auf dem Wege zu dieser Revision aber stellt sich uns jenes Zerbild gesunder Wirtschaftspolitik allenthalben als Hindernis in den Weg. Die Fehler in der Verwendung öffentlicher Gelder sind also in dieser Frage unsere schlimmsten Gegner.

Wir wissen, daß unsere Warnungen keineswegs neu sind. Dennoch müssen sie immer und immer wiederholt werden, weil noch immer allzu viel wirtschaftspolitische Anverknüpfung an Werte ist, so beispielsweise bei dem „grandiosen“ Plane einer Berliner Bauausweitung. 60 bis 10 Millionen Mark, größtenteils aus öffentlichen Geldern, also Steuermitteln, sollen hier für kostspielige Hallenbauten und andere Durchführungs-

kosten ausgegeben werden, obwohl die Bauwirtschaft mit dem Plane keineswegs einverstanden ist, geschweige denn daran denkt, ihn „dringend zu wünschen“. So hat beispielsweise der „Beton- und Tiefbau-Wirtschaftsverband e. V.“, der die Mehrzahl der größeren Bauunternehmungen Deutschlands umfaßt, gegen den Ausstellungsplan scharfen Einspruch erhoben. Wird das Wort der Fachleute sich gegenüber ehrgeizigen Kommunalpolitikern durchsetzen? Höchste Zeit ist es für Deutschland, daß endlich eine gesunde, vernunftgemäße Wirtschaftspolitik zu ihrem Rechte kommt.

## Der Düsseldorf Schiedspruch.

Eingreifen des Reichsarbeitsministers.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat zu Dienstag, den 20. Dezember, die beiden Parteien der Eisenindustrie zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen, um mit ihnen die Frage der Verbindlichkeitsklärung des Düsseldorf Schiedspruches zu erörtern. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich bis Montag erklären, ob sie den Schiedspruch annehmen. Es ist wohl damit zu rechnen, daß, wenn eine Partei oder beide Parteien den Schiedspruch ablehnen, doch die Verbindlichkeitsklärung unmittelbar nach der Berliner Sitzung erfolgt.

Die Lage im Industrieviertel bleibt infolge der ungünstigen Aufnahme, die der Düsseldorf Schiedspruch namentlich bei den Metallarbeitern findet, vollkommen ungeklärt. Die den Freien Gewerkschaften nahestehende Presse lehnt den Schiedspruch ab, bezeichnet die Arbeitszeitregelung als unzulänglich und die in dem Schiedspruch festgesetzten Löhne als nicht zureichend.